



Vorsitzender

Ralf Fromhein

An der Kirche 29
25436 Tornesch
Ralf.Fromhein@t-online.de

Telefon: (0 41 22) 5 31 80

Tornesch, den 30.07.2013

An
Mitglieder des Seniorenbeirates und an die Ersatzmitglieder
Herrn Bürgervorsteher Daniel
Herrn Bürgermeister Krügel
Fraktionsvorsitzenden der Parteien
Herrn Lichte
Frau Köhlert
Frau Gottschalk

Einladung

Hiermit lade ich zu einer öffentlichen Sitzung des Seniorenbeirates

am 15.08.2013 um 15:00 Uhr

im Rathaus Tornesch - Sitzungssaal 2. OG

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Seniorenbeiratssitzung vom 16.05.2013
4. Seniorenfragestunde
5. Wahl einer Kassenwartin / Kassenwart und damit eines Vorstandsmitgliedes
6. Mitgliederversammlung des Landesseniorenrats am 18.6.2013 in Nortorf
Bericht von Herrn Dörling
- 7.. Berichte aus den Ausschüssen
8. Anträge von Mitgliedern / Ersatzmitgliedern des Seniorenbeirates
9. a Anträge von Herrn Blaas (Siehe Anlage)
9. b Antrag von Herrn Fromhein (siehe Anlage)
10. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Fromhein

ANLAGEN



Antrag von Herrn Fromhein

Der Seniorenbeirat möge beschließen zur Vorlage beim Bürgermeister / in der Ratsversammlung:
die Strassenausbausatzung zu ändern in

eine auf alle Grundeigentümer gemeinsam umzulegenden Strassenausbaubeiträge. Bei den umzulegenden Beiträgen sollten die Grundeigentümer befreit werden, die in den letzten 20 / 25 Jahren bereits Beiträge in Erschließungs- oder Sanierungsmaßnahmen bezahlt haben.

Begründung:

In den nächsten Jahren sind zahlreiche Instandsetzungsarbeiten nach Abschluss der Sichtung der städtischen Abwasserkanäle durchzuführen. Zweckmäßigerweise werden dann gleichzeitig die Strassendecken mit erneuert. Die Strassenausbaubeiträge für betroffene Grundeigentümer fallen daher nicht primär durch eine notwendige Instandsetzung an und sollten deshalb von der Gemeinschaft aller Grundeigentümer solidarisch beglichen werden.

Betr.: Antrag an den SenB Tornesch: Kampagne 'Willst du mit mir gehen?'

Der SenB Tornesch möge beschließen:

Der SenB Tornesch initiiert eine **Kampagne "Willst du mit mir gehen ?"**.

Ziel der Kampagne soll es sein, diejenigen Menschen aus der Region zu vernetzen, die sich für Fragen des Älterwerdens interessieren.

Auf der Grundlage des Landesprogramms 'Älter werden in Schleswig-Holstein' initiieren, entwickeln und begleiten wir Aktivitäten, die den Zielen der Hamburger Erklärung des 10. Deutschen Seniorentages (Hamburg, 2013) entsprechen:

- Ja zu einem möglichst gesunden Älterwerden
- Ja zu einem lebenslangen Lernen
- Ja zu einem engagierten Alter
- Ja zu einer Gesellschaft des Miteinanders
- Ja zu einem selbstbestimmten Wohnen
- Ja zu einem Alter in sozialer Sicherheit
- Ja zu einem würdevollen Sterben

Wir starten die Kampagne im Spätsommer mit offenen Spaziergängen (Bewegung / Gesundheit) zu einem BürgerInnen-Treffen in unser Region (z.B.: Rosarium, Bahnhof To, Langes Tannen, ...).

Für die Kampagne wird eine Koordinatorin / ein Koordinator / ein Koordinierungskreis benannt.

Begründung:

Die Tornescher Absage des Workshops für eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik, mangelnde politische Kompetenz zu vieler Tornescher Mandats- und FunktionsträgerInnen bei zentralen demografischen Fragen (hier: relative und absolute Alterung) oder auch die unzulängliche Beteiligung der BürgerInnen an der Diskussion um eine Städtefusion von Tornesch und Uetersen verweisen nachhaltig auf die Notwendigkeit, aus der Bürgerschaft Initiativen für Diskurse und praktische Aktivitäten zur solidarischen Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft zu ergreifen.

Ein Beitrag dazu soll diese Kampagne sein.



JA zum Alter!

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihrer 110 Mitgliedsorganisationen zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages

„Hamburger Erklärung“

Die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen setzen sich für ein selbstbestimmtes, aktives und engagiertes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. Sie sind überzeugt, dass die Teilhabe älterer Menschen dem Einzelnen, aber auch der gesamten Gesellschaft zugutekommt. In einer Gesellschaft, die nicht nur älter wird, sondern auch schrumpft und „bunter“ wird, kann die von vielen Älteren praktizierte Solidarität mit allen Generationen Vorbild sein. Sagen wir also JA zu einem Älterwerden in einer Gesellschaft für alle!

Wir leben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Der demografische Wandel bedeutet Herausforderung und Chance – für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen setzen sich für ein aktives Altern ein und wenden sich entschieden gegen den „Anti-aging“ Trend in unserer Gesellschaft. Das Alter ist durch eine Fülle von unterschiedlichen Lebensformen und Lebensstilen gekennzeichnet. Das kalendarische Alter sagt wenig über einen Menschen aus.

Freuen wir uns über die zunehmende Lebenserwartung und versuchen alles dafür zu tun, dass die gewonnenen Jahre auch zu erfüllten Jahren werden. Dazu ist jede und jeder Einzelne von uns aufgerufen, aber auch die Gesellschaft ist in vieler Hinsicht gefordert. Sagen wir JA zum Älterwerden und sagen wir bewusst auch JA zum Alter!

JA zu einem möglichst gesunden Älterwerden

Die Lebenserwartung ist in den letzten 50 Jahren enorm gestiegen. Dazu haben neue Erkenntnisse und Entwicklungen in Medizin, Medizintechnik und Pharmakologie wie auch ein gesundheitsbewussterer Lebensstil beigetragen. Wir wissen heute: Alter ist keine Krankheit, doch die Wahrscheinlichkeit, krank zu werden, steigt mit zunehmendem Alter. Eigenverantwortung ist gefordert und zwar ein Leben lang. Körperliche, geistige und soziale Aktivitäten tragen neben einer ausgewogenen Ernährung zu einem möglichst gesunden Äl-

terwerden bei. Politik, Kommunen und Unternehmen müssen Rahmenbedingungen schaffen und entsprechende Angebote fördern.

Prävention und Rehabilitation sind in allen Lebensphasen möglich und sinnvoll, auch bei chronischer Erkrankung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Deshalb fordern wir den Ausbau aller Formen von Prävention, auch für Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen, auch für demenziell Erkrankte. Die Grundsätze „Prävention vor Rehabilitation“ und „Rehabilitation vor Pflege“ müssen in die Realität umgesetzt und um den Grundsatz „Prävention und Rehabilitation *bei* Pflege“ erweitert werden.

Wir brauchen ein neues Verständnis von Pflege, das die Selbstbestimmung pflegebedürftiger Menschen und ihre gesellschaftliche Teilhabe in den Vordergrund stellt.

Ein schonender Umgang mit den Ressourcen unseres Gesundheitssystems liegt im Interesse aller. Mit Nachdruck wenden wir uns jedoch gegen jede, auch verdeckte Form von Rationierung medizinischer Leistungen. Wir setzen uns für eine Stärkung von Patientenrechten sowie für die Verbesserung der Beratungs- und Behandlungsqualität ein.

JA zu einem lebenslangen Lernen

Wir müssen heute lernend altern und Altern lernen. Die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Älterwerden. Das betrifft die beruflichen Fähigkeiten und Fertigkeiten ebenso wie außerberufliche Kompetenzen.

Berufsbezogene Weiterbildung ist als Teil eines umfassenden betrieblichen „Alternsmanagements“ neben betrieblicher Gesundheitsfürsorge eine wesentliche Voraussetzung für eine längere Berufstätigkeit. Unverzichtbar ist die Anpassung des Arbeitsplatzes an die Beschäftigten. In diesem Zusammenhang fordern wir familienfreundliche Arbeitsplätze, die eine Vereinbarkeit der Berufstätigkeit sowohl mit der Kindererziehung als auch mit der Pflege ermöglichen. Dies erfordert eine größere Flexibilität im Arbeitsleben und beim Übergang in die nachberufliche Zeit.

Lernen ist ein lebenslanger Prozess, in dem wir täglich neue Erfahrungen sammeln und unser Verhalten ändern. Wir sollten gegenüber Neuem aufgeschlossen sein und neugierig bleiben. Ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben ohne moderne Informations- und Kommunikationstechnologie ist heute immer schwerer möglich. Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände können ältere Menschen unterstützen, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten.

JA zu einem engagierten Alter

Nach dem Ende der Berufstätigkeit haben viele Menschen oft noch ein Viertel ihres Lebens vor sich, einen großen Teil davon bei relativ guter Gesundheit. Viele Ältere übernehmen Aufgaben innerhalb und außerhalb ihrer Familie und tun damit nicht nur etwas für andere, sondern auch für sich selbst.

In der Familie stehen sie den Kindern bei, indem sie die Enkel betreuen, oder sie sorgen für Angehörige. Um die Solidarität in Familien gerade bei länger andauernder Pflege nicht zu überfordern, braucht es flächendeckende Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, wie z.B. Unterstützung durch ehrenamtliche Pflegebegleitung, sowie wirksame Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

Viele Seniorinnen und Senioren engagieren sich zudem im sozialen, kulturellen oder kirchlichen Bereich, in Politik, Verbänden und Gewerkschaften, im Sport, in Selbsthilfegruppen oder projektbezogenen Initiativen. Auch den sozialen Nahraum wollen ältere Menschen mitgestalten. Der Wunsch nach Mitverantwortung, Selbstbestimmung und Partizipation sind dabei die Triebfedern für ihr bürgerschaftliches Engagement.

Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen für ein solches Engagement zu schaffen und diese den sich ändernden Bedürfnissen, gerade auch älterer Menschen, anzupassen. Das freiwillige Engagement darf jedoch nicht instrumentalisiert werden und zu einer Verdrängung von Erwerbsarbeit führen. Eine Verpflichtung zum Engagement lehnen wir ab.

JA zu einer Gesellschaft des Miteinanders

Die Herausforderungen, die das Älterwerden für Einzelne und die Gesellschaft mit sich bringt, können nur gemeinsam bewältigt werden. Dies verlangt eine gelebte Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Reich und Arm, zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens oder verschiedener Kulturen.

Eine solche Solidarität kann nicht verordnet werden. Sie erwächst aus gegenseitigem Verständnis, Toleranz und der Fähigkeit, sich in die Lebenssituation anderer einzufühlen. Solidarität kann sich daher nicht durch ein Nebeneinander, sondern nur durch ein Miteinander entwickeln.

Staat und Gesellschaft müssen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger selbstständig, selbstbestimmt und gleichberechtigt am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Alle sind aufgefordert dazu beizutragen, Barrieren abzubauen, damit die „eine Gesellschaft für alle“ Wirklichkeit werden kann.

JA zu einem selbstbestimmten Wohnen

Die große Mehrheit älterer Menschen wünscht sich, möglichst lange in den eigenen vier Wänden und der ihnen vertrauten Umgebung wohnen zu bleiben. Deshalb ist es eine vorrangige Aufgabe der Politik, den altersgerechten Umbau sowie den barrierefreien Neubau von Häusern und Wohnungen zu fördern und dafür zu sorgen, dass das Wohnen im eigenen Quartier bezahlbar bleibt.

Neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens gewinnen an Bedeutung. Für die einen mag die Haus- oder Wohngemeinschaft Gleichaltriger das Richtige sein, andere ziehen das Mehr-Generationen-Wohnen vor. Auch für Pflegebedürftige, vor allem für Menschen mit Demenz, können Wohngemeinschaften die Lebensqualität positiv beeinflussen.

Darüber hinaus muss die Vernetzung von sozialen Dienstleistungen mit Strukturen des freiwilligen Engagements und der Nachbarschaftshilfe gefördert werden.

Auch das Wohnumfeld, der Verkehrsraum und öffentlich zugängliche Gebäude müssen barrierefrei gestaltet werden. Neben einer guten Nahversorgung muss es ausreichend Angebote in den Bereichen Kultur, Sport, Bildung und Begegnung geben. Seniorengerecht heißt menschengerecht; wir brauchen „eine Stadt für alle Lebensalter“.

JA zu einem Alter in sozialer Sicherheit

Für die meisten Rentnerinnen und Rentner haben funktionierende Sozialsysteme bisher für angemessene Alterseinkommen gesorgt. Von Altersarmut waren in der Vergangenheit

– und sind auch heute noch – vor allem allein stehende Frauen betroffen. Die soziale Sicherheit im Alter ist eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass sich ältere Menschen auch künftig freiwillig engagieren können. Und auch die Möglichkeiten, Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung zu übernehmen oder eine altersgerechte Wohnumgebung zu schaffen, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der sozialen Lage der Einzelnen.

Mit großer Sorge betrachten die in der BAGSO zusammengeschlossenen Organisationen daher den eingeleiteten Umbau dieser bislang verlässlichen sozialen Sicherungssysteme. Vor allem die Einschnitte in das Alterssicherungssystem sind alarmierend. So wird ein Durchschnittseinkommen künftig nach 35 Beitragsjahren gerade einmal einen Rentenanspruch in Höhe der sogenannten Grundsicherung im Alter ergeben. Diese dramatische Absenkung muss, vor allem im Interesse künftiger Rentnergenerationen, gestoppt werden, da betriebliche und private Altersvorsorge nicht für alle zugänglich bzw. erschwinglich sind.

Dringend notwendig sind auch Korrekturen am Arbeitsmarkt. Niedriglöhne, Arbeitslosigkeit, unstete Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbsminderung nehmen vielen Menschen die Chance auf eine auskömmliche Altersrente.

Gesundheit und Pflege müssen für alle, auch für die Seniorinnen und Senioren von morgen und übermorgen, bezahlbar bleiben.

JA zu einem würdevollen Sterben

Ein „Ja zum Alter!“ schließt die Auseinandersetzung mit dem Lebensende ein. Das Sterben gehört zum Leben. Es aus dem eigenen Leben zu verdrängen, verhindert auch einen achtungsvollen Umgang mit dem Sterben anderer.

Eine aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Die Bereitschaft, Schwerkranken und Sterbenden, aber auch deren Angehörigen beizustehen, ist zu unterstützen. Die Förderung dieses – häufig ehrenamtlichen – Dienstes muss intensiviert werden, z. B. durch Qualifizierung, Hilfestellung und Begleitung. Deshalb sind Palliativmedizin und Palliativpflege flächendeckend auszubauen, ebenso die Hospizdienste.

Hamburg, den 5. Mai 2012

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Bonnigasse 10, 53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0, Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: kontakt@bagso.de

Die BAGSO vertritt über ihre 110 Mitgliedsorganisationen etwa 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland.

Weitere Informationen unter:

www.bagso.de

www.deutscher-seniorentag.de

Betr.: Antrag an den SenB Tornesch: Stammtisch 'Älter werden in der Region Tornesch'

Der SenB Tornesch möge beschließen:

Der SenB Tornesch unterstützt den Vorschlag, einen

Stammtisch 'Älter werden in der Region Tornesch'

einzurichten.

Begründung:

Nachdem die Stadt Tornesch 2012 die Möglichkeit zur Entwicklung zukunftsorientierter kommunaler Seniorenpolitik nicht genutzt hat [1] und Fragen der alternden Gesellschaft (der zentrale Aspekt der demografischen Entwicklung) bei den politischen Akteuren Torneschs bisher eine untergeordnete Rolle spielen, wäre es wünschenswert, wenn sich interessierte Bürger_innen mit kommunalpolitisch bedeutsamen Fragen des Alterns und des Alters in Tornesch (und der Nahregion) befassen.

Ein (monatlicher) Stammtisch 'Älter werden in der Region Tornesch' könnte hierfür einen Einstieg bilden und dabei versuchen, Impulse für einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs zu Fragen des Alterns und des Alters in unser Region zu setzen.

Wünschenswert wäre, wenn aus diesen Diskussionen (im kommenden Jahr) ein Bürgerforum [2] und daraus folgend ein Konzeptpapier / kommunalpolitische Leitlinien 'Älter werden in der Region Tornesch' erwachsen [3].

[1] Ein mit 2500 Euro geförderter Workshop hierzu wurde durch die Stadt abgesagt.

[2] 'Bürgerforum' wird hier verstanden als organisierte und ergebnisorientierte Bürgerbeteiligung.

Vgl. beispielsweise: 'Demokratiekonferenz 2013' auf <http://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

[3] Stellvertretend für zahlreiche kommunale Leitlinien zur Seniorenpolitik vgl.: Konzeptpapier der Gemeinde Adendorf (gut 10.400 Einwohner, Landkreis Lüneburg): Kommunale Seniorenpolitik:

http://www.adendorf.de/dokumente/konzept_seniorenarbeit.pdf